



## Verordnung zur Änderung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung

Vom 16. Juni 2014

Auf Grund des § 758a Absatz 6 und des § 829 Absatz 4 der Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781) in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310) verordnet das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:

### Artikel 1

Die Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung vom 23. August 2012 (BGBl. I S. 1822) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 2 wird folgender Satz angefügt:

„Soweit die Forderung durch einen Beschluss bereits gepfändet worden ist, ist für den Antrag auf Überweisung dieser Forderung die Nutzung der Formulare nicht verbindlich.“

2. Nach § 2 werden die folgenden §§ 3 und 4 eingefügt:

#### „§ 3

Zulässige Abweichungen; Einreichung des Antrags

(1) Inhaltliche Abweichungen von den Formularen sind nicht zulässig. Anpassungen, die auf der Änderung von Rechtsvorschriften beruhen, sind zulässig.

(2) Eine Abweichung von der formalen Gestaltung der Formulare ist nicht zulässig. Wenn das Papierformat DIN A4 erhalten bleibt und die Reihenfolge und Anordnung der Formularfelder der einzelnen Seiten und die Seitenumbrüche nicht verändert werden, sind folgende Abweichungen zulässig:

1. unwesentliche Änderung der Größe der Schrift,
2. unwesentliche Änderung sonstiger Formularelemente und
3. Verwendung nur der Farben Schwarz und Weiß sowie von Grautönen, soweit die Lesbarkeit nicht beeinträchtigt wird.

(3) Soweit für den beabsichtigten Antrag keine zweckmäßige Eintragungsmöglichkeit in dem Formular besteht, kann ein geeignetes Freifeld oder

eine Anlage genutzt werden. Die Nutzung mehrerer Freifelder und Anlagen ist zulässig.

(4) Es reicht aus, wenn der Antragsteller nur die Seiten des Formulars, auf denen sich Angaben des Antragstellers befinden, bei dem Gericht einreicht. Die nicht eingereichten Formularseiten sind auch in diesem Fall Teil des Antrags.

#### § 4

Formulare in elektronischer Form

Die Länder dürfen Anpassungen von den in den Anlagen bestimmten Formularen zulassen, die es, ohne den Inhalt zu verändern oder dessen Verständnis zu erschweren, ermöglichen, die Formulare in elektronischer Form auszufüllen und dem Gericht als strukturierten Datensatz zu übermitteln. Für die elektronische Übermittlung sind die in den Formularen enthaltenen Angaben in das XML-Format zu übertragen. Die Länder können dazu durch Verwaltungsvereinbarung eine gemeinsame zentrale Koordinierungsstelle einrichten.“

3. Der bisherige § 3 wird § 5.

4. Der bisherige § 4 wird § 6 und wie folgt gefasst:

#### „§ 6

Übergangsregelung

Für Anträge, die bis zum 1. November 2014 gestellt werden, können die bis zum 24. Juni 2014 bestimmten Formulare für den Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses weiter genutzt werden. Für Anträge, die bis zum 1. Juni 2015 gestellt werden, kann das bis zum 24. Juni 2014 bestimmte Formular für den Antrag auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung weiter genutzt werden.“

5. Die Anlagen 1 bis 3 erhalten die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

### Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 16. Juni 2014

Der Bundesminister  
der Justiz und für Verbraucherschutz  
Heiko Maas

**Anhang zu Artikel 1 Nummer 5**

**Anlage 1**  
(zu § 1)

Antrag auf Erlass  
einer richterlichen Durchsuchungsanordnung

Raum für Eingangsstempel

**Amtsgericht** \_\_\_\_\_

**Vollstreckungsgericht**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

## Antrag auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung

**Es wird beantragt**, auf Grund der nachfolgenden Angaben

- des anliegenden Schuldtitels/  
der anliegenden Schuldtitel  
sowie der beiliegenden Unterlagen:
- Vollstreckungsprotokoll/-e
- Mitteilung/-en des Vollstreckungsorgans
- Akten des Vollstreckungsorgans
- 
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_

**entsprechend nachstehendem Entwurf die Anordnung zur Durchsuchung der Wohnung** (Privatwohnung bzw. Arbeits-, Betriebs-, Geschäftsräume) **nach § 758a Absatz 1 der Zivilprozessordnung – ZPO – zu erlassen.**

### Anhörung des Schuldners

**Hinweise für den Antragsteller:** Der Schuldner muss grundsätzlich vor Erlass einer Durchsuchungsanordnung angehört werden. Falls von einer vorherigen Anhörung des Schuldners aus Sicht des Antragstellers **ausnahmsweise** abgesehen werden muss, ist eine Begründung erforderlich.

- Eine **Anhörung** des Schuldners vor Erlass der Durchsuchungsanordnung würde den Vollstreckungserfolg aus den nachstehenden Gründen gefährden:  
Bitte darstellen,
- (1) warum von einer vorherigen Anhörung abgesehen werden muss,
- (2) welche gewichtigen Interessen durch eine vorherige Anhörung konkret gefährdet wären, die die Überraschung des Schuldners erfordern.
- Die Angaben sind durch die Vorlage entsprechender Unterlagen, soweit vorhanden, nachzuweisen.
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_

- Um direkte Weiterleitung an den zuständigen Gerichtsvollzieher wird gebeten.

### Hinweis:

Soweit für den Antrag eine zweckmäßige Eintragungsmöglichkeit in diesem Formular nicht besteht, können Anlagen genutzt werden.

Datum (Unterschrift Antragsteller/-in)

<b>Amtsgericht</b>	_____
Anschrift:	_____ _____
Geschäftszeichen:	_____

**BESCHLUSS**  
(Durchsuchungsermächtigung)  
**in der Zwangsvollstreckungssache**

des/der Herrn/Frau/Firma _____ _____	<b>– Gläubiger –</b>
vertreten durch Herrn/Frau/Firma _____ _____	
Aktenzeichen des Gläubigervertreeters _____	

**gegen**

Herrn/Frau/Firma _____ _____	<b>– Schuldner –</b>
vertreten durch Herrn/Frau/Firma _____ _____	
Aktenzeichen des Schuldnervertreeters _____	

**Auf Antrag des Gläubigers wird** auf Grund des Vollstreckungstitels/der Vollstreckungstitel (den oder die Titel bitte nach Art, Gericht /Notar, Datum, Geschäftszeichen etc. bezeichnen)

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

- wegen der Gesamtforderung in Höhe von € \_\_\_\_\_
- wegen einer Teilforderung in Höhe von € \_\_\_\_\_
- wegen einer Restforderung in Höhe von € \_\_\_\_\_

**der zuständige Gerichtsvollzieher ermächtigt, zum Zweck der Zwangsvollstreckung die Durchsuchung**

der Privatwohnung in (vollständige Anschrift)  
\_\_\_\_\_

der Arbeits-, Betriebs-, Geschäftsräume in (vollständige Anschrift)  
\_\_\_\_\_

**des Schuldners durchzuführen (§ 758a Absatz 1 ZPO).**

Die Ermächtigung ist auf die Dauer von \_\_\_\_ Monat/-en von heute an befristet und umfasst im Rahmen der angeordneten Durchsuchung die Befugnis, verschlossene Haustüren, Zimmertüren und Behältnisse öffnen zu lassen und Pfandstücke zum Zweck ihrer Verwertung an sich zu nehmen (Artikel 13 Absatz 2 des Grundgesetzes, § 758a Absatz 1 ZPO).

Die Ermächtigung gilt zugleich für das Abholen der Pfandstücke.

Die Durchsuchung der Wohnung (Privatwohnung bzw. Arbeits-, Betriebs-, Geschäftsräume) wird

auf folgende Zeiten beschränkt:

zeitlich nicht beschränkt.

**(Vom Gericht auszufüllen)**

**Gründe**

(Datum)	(Unterschrift Richter am Amtsgericht)	(Datum)	(Unterschrift Urkundsbeamter der Geschäftsstelle)

Antrag auf Erlass  
eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses insbesondere wegen gewöhnlicher Geldforderungen

Raum für Kostenvermerke und Eingangsstempel

**Amtsgericht** \_\_\_\_\_

**Vollstreckungsgericht**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

## Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses insbesondere wegen gewöhnlicher Geldforderungen

**Es wird beantragt**, den nachfolgenden Entwurf als Beschluss auf  Pfändung  und  Überweisung zu erlassen.

- Zugleich wird beantragt, die Zustellung zu vermitteln ( mit der Aufforderung nach § 840 der Zivilprozessordnung – ZPO).
- Die Zustellung wird selbst veranlasst.

Es wird gemäß dem nachfolgenden Entwurf des Beschlusses Antrag gestellt auf

- Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen (§ 850e Nummer 2 ZPO)
- Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen (§ 850e Nummer 2a ZPO)
- Nichtberücksichtigung von Unterhaltsberechtigten (§ 850c Absatz 4 ZPO)

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Es wird beantragt,

- Prozesskostenhilfe zu bewilligen
- Frau Rechtsanwältin / Herrn Rechtsanwalt

\_\_\_\_\_ beizuordnen.

- Prozesskostenhilfe wurde gemäß anliegendem Beschluss bewilligt.

### Anlagen:

- Schuldtitel und \_\_\_ Vollstreckungsunterlagen
- Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst \_\_\_ Belegen

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

- Verrechnungsscheck für Gerichtskosten
- Gerichtskostenstempler

- Ich drucke nur die ausgefüllten Seiten

\_\_\_\_\_ (Bezeichnung der Seiten)

aus und reiche diese dem Gericht ein.

Datum (Unterschrift Antragsteller/-in)

### Hinweis:

Soweit für den Antrag eine zweckmäßige Eintragungsmöglichkeit in diesem Formular nicht besteht, können ein geeignetes Freifeld sowie Anlagen genutzt werden.

<b>Amtsgericht</b>	_____
Anschrift:	_____ _____
Geschäftszeichen:	

Pfändungs-  und  Überweisungs-Beschluss  
in der Zwangsvollstreckungssache

des/der Herrn/Frau/Firma _____ _____ _____	<b>– Gläubiger –</b>		
vertreten durch Herrn/Frau/Firma _____ _____ _____			
Aktenzeichen des Gläubigervertreeters _____			
Bankverbindung		<input type="checkbox"/> des Gläubigers	<input type="checkbox"/> des Gläubigervertreeters
IBAN:		_____	
BIC: <small>Angabe kann entfallen, wenn IBAN mit DE beginnt.</small>		_____	

**gegen**

Herrn/Frau/ Firma _____ _____ _____	<b>– Schuldner –</b>
vertreten durch Herrn/Frau/Firma _____ _____ _____	
Aktenzeichen des Schuldnervertreeters _____	

**Nach dem Vollstreckungstitel/den Vollstreckungstiteln**

(den oder die Titel bitte nach Art, Gericht/Notar, Datum, Geschäftszeichen etc. bezeichnen)

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**kann der Gläubiger von dem Schuldner nachfolgend aufgeführte Beträge beanspruchen:**

€	<input type="checkbox"/> Hauptforderung	<input type="checkbox"/> Teilhauptforderung
€	<input type="checkbox"/> Restforderung aus Hauptforderung	
€	<input type="checkbox"/> nebst ____ % Zinsen daraus/aus _____ Euro seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____	
€	<input type="checkbox"/> nebst Zinsen in Höhe von <input type="checkbox"/> 5 Prozentpunkten <input type="checkbox"/> 2,5 Prozentpunkten <input type="checkbox"/> 8 Prozentpunkten <input type="checkbox"/> ____ Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz daraus/aus _____ Euro seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____	
€	<input type="checkbox"/> Säumniszuschläge gemäß § 193 Absatz 6 Satz 2 des Versicherungsvertrags- gesetzes	
€	<input type="checkbox"/> titulierte vorgerichtliche Kosten	<input type="checkbox"/> Wechselkosten
€	<input type="checkbox"/> Kosten des Mahn-/Vollstreckungsbescheides	
€	<input type="checkbox"/> festgesetzte Kosten	
€	<input type="checkbox"/> nebst <input type="checkbox"/> 4 % Zinsen <input type="checkbox"/> ____ % Zinsen daraus/aus _____ Euro seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____	
€	<input type="checkbox"/> nebst Zinsen in Höhe von <input type="checkbox"/> 5 <input type="checkbox"/> ____ Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz daraus/aus _____ Euro seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____	
€	<input type="checkbox"/> bisherige Vollstreckungskosten	
€	<b>Summe I</b>	
€	<input type="checkbox"/> gemäß Anlage(n) _____ (zulässig, wenn in dieser Aufstellung die erforderlichen Angaben nicht oder nicht vollständig eingetragen werden können)	
(wenn Angabe möglich)		
€	<b>Summe II</b> (aus Summe I und Anlage(n) _____ )	
(wenn Angabe möglich)		

**Wegen dieser Ansprüche sowie wegen der Kosten für diesen Beschluss (vgl. Kostenrechnung) und wegen der Zustellungskosten für diesen Beschluss wird/werden die nachfolgend aufgeführte/-n angebliche/-n Forderung/-en des Schuldners gegenüber dem Drittschuldner – einschließlich der künftig fällig werdenden Beträge – so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.**

**Drittschuldner** (genaue Bezeichnung des Drittschuldners: Firma bzw. Vor- und Zuname, vertretungsberechtigte Person/-en, jeweils mit Anschrift; Postfach-Angabe ist nicht zulässig; bei mehreren Drittschuldnern ist eine Zuordnung des Drittschuldners zu der/den zu pfändenden Forderung/-en vorzunehmen)  
Herr/Frau/Firma

---



---



---



---



---



---

**Forderung aus Anspruch** **A (an Arbeitgeber)** **B (an Agentur für Arbeit bzw. Versicherungsträger)**

Art der Sozialleistung: \_\_\_\_\_

Konto-/Versicherungsnummer: \_\_\_\_\_

 **C (an Finanzamt)** **D (an Kreditinstitute)** **E (an Versicherungsgesellschaften)**

Konto-/Versicherungsnummer: \_\_\_\_\_

 **F (an Bausparkassen)** **G** **gemäß gesonderter Anlage(n)** \_\_\_\_\_**Anspruch A (an Arbeitgeber)**

1. auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und künftigen Arbeitseinkommens (einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen)
2. auf Auszahlung des als Überzahlung jeweils auszugleichenden Erstattungsbetrages aus dem durchgeführten Lohnsteuer-Jahresausgleich sowie aus dem Kirchenlohnsteuer-Jahresausgleich für das Kalenderjahr \_\_\_\_\_ und für alle folgenden Kalenderjahre
3. auf

---



---



---

**Anspruch B (an Agentur für Arbeit bzw. Versicherungsträger)**

auf Zahlung der gegenwärtig und künftig nach dem Sozialgesetzbuch zustehenden Geldleistungen.  
Die Art der Sozialleistungen ist oben angegeben.

**Anspruch A und B**

Die für die Pfändung von Arbeitseinkommen geltenden Vorschriften der §§ 850 ff. ZPO in Verbindung mit der Tabelle zu § 850c Absatz 3 ZPO in der jeweils gültigen Fassung sind zu beachten.

**Anspruch C (an Finanzamt)**

auf Auszahlung

1. des als Überzahlung auszugleichenden Erstattungsbetrages bzw. des Überschusses, der sich als Erstattungsanspruch bei Abrechnung der auf die Einkommensteuer (nebst Solidaritätszuschlag) und Kirchensteuer sowie Körperschaftsteuer anzurechnenden Leistungen für das abgelaufene Kalenderjahr \_\_\_\_\_ und für alle früheren Kalenderjahre ergibt
2. des Erstattungsbetrages, der sich aus dem Erstattungsanspruch zu viel gezahlter Kraftfahrzeugsteuer für das Kraftfahrzeug mit dem amtlichen Kennzeichen \_\_\_\_\_ ergibt

Erstattungsgrund:

---



---



---

**Anspruch D (an Kreditinstitute)**

1. auf Zahlung der zu Gunsten des Schuldners bestehenden Guthaben seiner sämtlichen Girokonten (insbesondere seines Kontos \_\_\_\_\_) bei diesem Kreditinstitut einschließlich der Ansprüche auf Gutschrift der eingehenden Beträge; mitgepfändet wird die angebliche (gegenwärtige und künftige) Forderung des Schuldners an den Drittschuldner auf Auszahlung eines vereinbarten Dispositionskredits („offene Kreditlinie“), soweit der Schuldner den Kredit in Anspruch nimmt
2. auf Auszahlung des Guthabens und der bis zum Tag der Auszahlung aufgelaufenen Zinsen sowie auf fristgerechte bzw. vorzeitige Kündigung der für ihn geführten Sparguthaben und/oder Festgeldkonten, insbesondere aus Konto \_\_\_\_\_
3. auf Auszahlung der bereitgestellten, noch nicht abgerufenen Darlehensvaluta aus einem Kreditgeschäft, wenn es sich nicht um zweckgebundene Ansprüche handelt
4. auf Zahlung aus dem zum Wertpapierkonto gehörenden Gegenkonto, insbesondere aus Konto \_\_\_\_\_, auf dem die Zinsgutschriften für die festverzinslichen Wertpapiere gutgebracht sind
5. auf Zutritt zu dem Bankschließfach Nr. \_\_\_\_\_ und auf Mitwirkung des Drittschuldners bei der Öffnung des Bankschließfachs bzw. auf die Öffnung des Bankschließfachs allein durch den Drittschuldner zum Zweck der Entnahme des Inhalts
6. auf \_\_\_\_\_

**Hinweise zu Anspruch D:**

Auf § 835 Absatz 3 Satz 2 ZPO (Zahlungsmoratorium von vier Wochen) und § 835 Absatz 4 ZPO wird der Drittschuldner hiermit hingewiesen.

Pfändungsschutz für Kontoguthaben und Verrechnungsschutz für Sozialleistungen und für Kindergeld werden seit dem 1. Januar 2012 nur für Pfändungsschutzkonten nach § 850k ZPO gewährt.

**Anspruch E (an Versicherungsgesellschaften)**

1. auf Zahlung der Versicherungssumme, der Gewinnanteile und des Rückkaufwertes aus der Lebensversicherung/den Lebensversicherungen, die mit dem Drittschuldner abgeschlossen ist/sind
2. auf das Recht zur Bestimmung desjenigen, zu dessen Gunsten im Todesfall die Versicherungssumme ausgezahlt wird, bzw. auf das Recht zur Bestimmung einer anderen Person an Stelle der von dem Schuldner vorgesehenen
3. auf das Recht zur Kündigung des Lebens-/Rentenversicherungsvertrages, auf das Recht auf Umwandlung der Lebens-/Rentenversicherung in eine prämienfreie Versicherung sowie auf das Recht zur Aushändigung der Versicherungspolice

Ausgenommen von der Pfändung sind Ansprüche aus Lebensversicherungen, die nur auf den Todesfall des Versicherungsnehmers abgeschlossen sind, wenn die Versicherungssumme den in § 850b Absatz 1 Nummer 4 ZPO in der jeweiligen Fassung genannten Betrag nicht übersteigt.

**Anspruch F (an Bausparkassen)**

aus dem über eine Bausparsumme von (mehr oder weniger) \_\_\_\_\_ Euro

abgeschlossenen Bausparvertrag Nr. \_\_\_\_\_, insbesondere Anspruch auf

1. Auszahlung des Bausparguthabens nach Zuteilung
2. Auszahlung der Sparbeiträge nach Einzahlung der vollen Bausparsumme
3. Rückzahlung des Sparguthabens nach Kündigung
4. das Kündigungsrecht selbst und das Recht auf Änderung des Vertrags
5. auf \_\_\_\_\_



**Es wird angeordnet**, dass zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens zusammenzurechnen sind:

Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_ und

Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_.

Der unpfändbare Grundbetrag ist in erster Linie den Einkünften des Schuldners bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung)

\_\_\_\_\_ zu entnehmen, weil dieses Einkommen die wesentliche Grundlage der Lebenshaltung des Schuldners bildet.

**Es wird angeordnet**, dass zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens zusammenzurechnen sind:

laufende Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch von Drittschuldner (genaue Bezeichnung der Leistungsart und des Drittschuldners) \_\_\_\_\_ und

Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_.

Der unpfändbare Grundbetrag ist in erster Linie den laufenden Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch zu entnehmen. Ansprüche auf Geldleistungen für Kinder dürfen mit Arbeitseinkommen nur zusammengerechnet werden, soweit sie nach § 76 des Einkommensteuergesetzes (EStG) oder nach § 54 Absatz 5 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) gepfändet werden können.

Gemäß § 850c Absatz 4 ZPO wird **angeordnet**, dass

der Ehegatte       der Lebenspartner/die Lebenspartnerin       das Kind/die Kinder  
bei der Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens

nicht       nur teilweise  
als Unterhaltsberechtigte/-r zu berücksichtigen sind/ist.

(Begründung zu Höhe und Art des eigenen Einkommens)

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

### Vom Gericht auszufüllen

(wenn ein Unterhaltsberechtigter nur teilweise zu berücksichtigen ist):

Bei der Feststellung des nach der Tabelle zu § 850c Absatz 3 ZPO pfändbaren Betrages bleibt die Unterhaltspflicht des Schuldners gegenüber \_\_\_\_\_ außer Betracht. Der pfändbare Betrag ist deshalb ausschließlich unter Berücksichtigung der übrigen Unterhaltsleistungen des Schuldners festzustellen.

Der nach der Tabelle unpfändbare Teil des Arbeitseinkommens des Schuldners ist wegen seiner teilweise zu berücksichtigenden gesetzlichen Unterhaltspflicht gegenüber

\_\_\_\_\_ um weitere

\_\_\_\_\_ € monatlich

\_\_\_\_\_ € wöchentlich

\_\_\_\_\_ € täglich

zu erhöhen.

Der dem Schuldner danach zu belassende weitere Teil seines Arbeitseinkommens darf jedoch den Betrag nicht übersteigen, der ihm nach der Tabelle des § 850c Absatz 3 ZPO bei voller Berücksichtigung der genannten unterhaltsberechtigten Person zu verbleiben hätte.

**Es wird angeordnet, dass**

- der Schuldner die Lohn- oder Gehaltsabrechnung oder die Verdienstbescheinigung einschließlich der entsprechenden Bescheinigungen der letzten drei Monate vor Zustellung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses an den Gläubiger herauszugeben hat
- der Schuldner das über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparbuch (bzw. die Sparurkunde) an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser das Sparbuch (bzw. die Sparurkunde) unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat
- ein von dem Gläubiger zu beauftragender Gerichtsvollzieher für die Pfändung des Inhalts Zutritt zum Schließfach zu nehmen hat
- der Schuldner die Versicherungspolice an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser sie unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat
- der Schuldner die Bausparurkunde und den letzten Kontoauszug an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser die Unterlagen unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat

---

---

---

---

---

**Sonstige Anordnungen:**

---

---

---

---

---

**Der Drittschuldner darf, soweit die Forderung gepfändet ist, an den Schuldner nicht mehr zahlen. Der Schuldner darf insoweit nicht über die Forderung verfügen, sie insbesondere nicht einziehen.**

**Zugleich wird dem Gläubiger die zuvor bezeichnete Forderung in Höhe des gepfändeten Betrages**

**zur Einziehung überwiesen.**

**an Zahlungen statt überwiesen.**

---



---



---



---



---



---

Ausgefertigt:

(Datum,  
Unterschrift Rechtspfleger)(Datum,  
Unterschrift Urkundsbeamter der Geschäftsstelle)

<b>I. Gerichtskosten</b>		
Gebühr gemäß GKG KV Nr. 2111		€
<b>II. Anwaltskosten gemäß RVG</b>		
Gegenstandswert: _____	€	
<b>1. Verfahrensgebühr</b>		
VV Nr. 3309, ggf. i. V. m. Nr. 1008	_____	€
<b>2. Auslagenpauschale</b>		
VV Nr. 7002	_____	€
<b>3. Umsatzsteuer</b>		
VV Nr. 7008	_____	€
<b>Summe von II.</b>	_____	€
<b>Summe von I. und II.:</b>	_____	€
<input type="checkbox"/> <b>Inkassokosten gemäß § 4 Absatz 4 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDGEG) gemäß Anlage(n)</b>	_____	

Antrag auf Erlass  
eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Unterhaltsforderungen

Raum für Kostenvermerke und Eingangsstempel

**Amtsgericht** \_\_\_\_\_

**Vollstreckungsgericht**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

## Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Unterhaltspflichten

**Es wird beantragt**, den nachfolgenden Entwurf als Beschluss auf  Pfändung  und  Überweisung zu erlassen.

- Zugleich wird beantragt, die Zustellung zu vermitteln ( mit der Aufforderung nach § 840 der Zivilprozessordnung – ZPO).
- Die Zustellung wird selbst veranlasst.

Es wird gemäß dem nachfolgenden Entwurf des Beschlusses Antrag gestellt auf

- Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen (§ 850e Nummer 2 ZPO)
- Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen (§ 850e Nummer 2a ZPO)

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Es wird beantragt,

- Prozesskostenhilfe zu bewilligen
- Frau Rechtsanwältin / Herrn Rechtsanwalt

\_\_\_\_\_ beizuordnen.

- Prozesskostenhilfe wurde gemäß anliegendem Beschluss bewilligt.

### Anlagen:

- Schuldtitel und \_\_\_\_\_ Vollstreckungsunterlagen
- Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst \_\_\_\_\_ Belegen

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

- Verrechnungsscheck für Gerichtskosten
- Gerichtskostenstempler

- Ich drucke nur die ausgefüllten Seiten

\_\_\_\_\_ (Bezeichnung der Seiten)

aus und reiche diese dem Gericht ein.

### Hinweis:

Soweit für den Antrag eine zweckmäßige Eintragungsmöglichkeit in diesem Formular nicht besteht, können ein geeignetes Freifeld sowie Anlagen genutzt werden.

Datum (Unterschrift Antragsteller/-in)

<b>Amtsgericht</b>	_____
Anschrift:	_____ _____
Geschäftszeichen:	

Pfändungs-  und  Überweisungs-Beschluss  
in der Zwangsvollstreckungssache

des/der Herrn/Frau _____ _____ _____ geboren am _____ (Angabe des Geburtsdatums bei Minderjährigen sinnvoll)	<b>– Gläubiger –</b>			
gesetzlich vertreten durch Herrn/Frau _____ _____ _____				
vertreten durch Herrn/Frau/Firma _____ _____ _____				
Aktenzeichen des Gläubigervertreeters _____				
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 20%;">Bankverbindung</td> <td style="width: 40%;"><input type="checkbox"/> des Gläubigers</td> <td style="width: 40%;"><input type="checkbox"/> des Gläubigervertreeters</td> </tr> </table>		Bankverbindung	<input type="checkbox"/> des Gläubigers	<input type="checkbox"/> des Gläubigervertreeters
Bankverbindung		<input type="checkbox"/> des Gläubigers	<input type="checkbox"/> des Gläubigervertreeters	
IBAN: _____				
BIC: Angabe kann entfallen, wenn IBAN mit DE beginnt. _____				

**gegen**

Herrn/Frau _____ _____ _____ vertreten durch Herrn/Frau/Firma _____ _____ _____	<b>– Schuldner –</b>
Aktenzeichen des Schuldnervertreeters _____	

**Nach dem Vollstreckungstitel / den Vollstreckungstiteln**

(den oder die Titel bitte nach Art, Gericht/Notar/Jugendamt, Datum, Geschäftszeichen etc. bezeichnen)

---



---



---



---

**kann der Gläubiger von dem Schuldner nachfolgend aufgeführte Beträge beanspruchen:****I. Unterhaltsrückstand**

€	<input type="checkbox"/> Unterhaltsrückstand für die Zeit vom _____ <input type="checkbox"/> bis _____
€	<input type="checkbox"/> nebst ____ % Zinsen seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____
€	<input type="checkbox"/> nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____
€ (wenn Angabe möglich)	<input type="checkbox"/> gemäß Anlage(n) _____ (zulässig, wenn in dieser Aufstellung die erforderlichen Angaben nicht oder nicht vollständig eingetragen werden können)

**II. Nur auszufüllen bei statischer Unterhaltsrente**

<b>Unterhalt für</b>	<input type="checkbox"/> Kind <input type="checkbox"/> Ehegatten <input type="checkbox"/> Lebenspartner/-in
	<input type="checkbox"/> Elternteil nach §1615I des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) <input type="checkbox"/> Eltern <input type="checkbox"/> Enkel
	Der Unterhalt ist zu zahlen <input type="checkbox"/> wöchentlich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> vierteljährlich
	<input type="checkbox"/> laufend ab _____ <input type="checkbox"/> zahlbar am _____ (Wochentag bzw. bezifferten Tag des Monats oder des Jahres angeben)
	<input type="checkbox"/> jeder Woche <input type="checkbox"/> jeden Monats <input type="checkbox"/> jeden Jahres <input type="checkbox"/> bis _____
€	<input type="checkbox"/> Unterhalt bis zur Vollendung des <b>sechsten</b> Lebensjahres des Kindes
€	<input type="checkbox"/> Unterhalt von der Vollendung des <b>sechsten</b> Lebensjahres bis zur Vollendung des <b>zwölften</b> Lebensjahres des Kindes
€	<input type="checkbox"/> Unterhalt von der Vollendung des <b>zwölften</b> Lebensjahres bis zur Vollendung des <b>achtzehnten</b> Lebensjahres des Kindes
€	<input type="checkbox"/> Unterhalt von der Vollendung des <b>achtzehnten</b> Lebensjahres des Gläubigers an
€	<input type="checkbox"/> Unterhalt vom _____ bis _____
€	<input type="checkbox"/> Unterhalt vom _____ bis _____
€	<input type="checkbox"/> Unterhalt vom _____ bis _____
€ (wenn Angabe möglich)	<input type="checkbox"/> gemäß Anlage(n) _____ (vgl. Hinweis zu I.)

**III. Nur auszufüllen bei dynamisierter Unterhaltsrente**

**Unterhalt**, veränderlich gemäß dem Mindestunterhalt nach § 1612a Absatz 1 BGB, zahlbar am Ersten jeden Monats, laufend ab \_\_\_\_\_  bis \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Prozent des Mindestunterhalts der **ersten Altersstufe**,

abzüglich  des hälftigen  des vollen Kindergeldes für ein

erstes/zweites  drittes  \_\_\_\_\_ Kind

abzüglich Kindergeld in Höhe von \_\_\_\_\_ €

abzüglich sonstiger kindbezogener Leistungen in Höhe von \_\_\_\_\_ €

(derzeitiger monatlicher Zahlbetrag des Unterhalts: \_\_\_\_\_ €) bis zur Vollendung des **sechsten** Lebensjahres des Kindes (Zeitraum vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_)

\_\_\_\_\_ Prozent des Mindestunterhalts der **zweiten Altersstufe**,

abzüglich  des hälftigen  des vollen Kindergeldes für ein

erstes/zweites  drittes  \_\_\_\_\_ Kind

abzüglich Kindergeld in Höhe von \_\_\_\_\_ €

abzüglich sonstiger kindbezogener Leistungen in Höhe von \_\_\_\_\_ €

(derzeitiger monatlicher Zahlbetrag des Unterhalts: \_\_\_\_\_ €) vom **siebenten** bis zur Vollendung des **zwölften** Lebensjahres des Kindes (Zeitraum vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_)

\_\_\_\_\_ Prozent des Mindestunterhalts der **dritten Altersstufe**,

abzüglich  des hälftigen  des vollen Kindergeldes für ein

erstes/zweites  drittes  \_\_\_\_\_ Kind

abzüglich Kindergeld in Höhe von \_\_\_\_\_ €

abzüglich sonstiger kindbezogener Leistungen in Höhe von \_\_\_\_\_ €

(derzeitiger monatlicher Zahlbetrag des Unterhalts: \_\_\_\_\_ €) ab dem **dreizehnten** Lebensjahr des Kindes (Zeit ab dem \_\_\_\_\_)

gemäß Anlage(n) \_\_\_\_\_  
(vgl. Hinweis Seite 3 zu I.)

**IV. Kosten**

€  festgesetzte Kosten

€  nebst  4 % Zinsen  \_\_\_\_\_ % Zinsen daraus/aus  
seit dem \_\_\_\_\_  bis \_\_\_\_\_

€  nebst Zinsen in Höhe von  5  \_\_\_\_\_ Prozentpunkten über dem jeweiligen  
Basiszinssatz daraus/aus \_\_\_\_\_ Euro  
seit dem \_\_\_\_\_  bis \_\_\_\_\_

€  bisherige Vollstreckungskosten

€  gemäß Anlage(n) \_\_\_\_\_  
(wenn Angabe möglich) (vgl. Hinweis Seite 3 zu I.)

**Wegen dieser Ansprüche einschließlich der künftig fällig werdenden Beträge sowie wegen der Kosten für diesen Beschluss (vgl. Kostenrechnung) und wegen der Zustellungskosten für diesen Beschluss wird/werden die nachfolgend aufgeführte/-n angebliche/-n Forderung/-en des Schuldners gegenüber dem Drittschuldner – einschließlich der künftig fällig werdenden Beträge – so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.**

**Drittschuldner** (genaue Bezeichnung des Drittschuldners: Firma bzw. Vor- und Zuname, vertretungsberechtigte Person/-en, jeweils mit Anschrift; Postfach-Angabe ist nicht zulässig; bei mehreren Drittschuldnern ist eine Zuordnung des Drittschuldners zu der/den zu pfändenden Forderung/-en vorzunehmen)

Herr/Frau/Firma

---



---



---



---



---



---



---



---

### Forderung aus Anspruch

**A (an Arbeitgeber)**

**B (an Agentur für Arbeit bzw. Versicherungsträger)**

Art der Sozialleistung: \_\_\_\_\_

Konto-/Versicherungsnummer: \_\_\_\_\_

**C (an Finanzamt)**

**D (an Kreditinstitute)**

**E (an Versicherungsgesellschaften)**

Konto-/Versicherungsnummer: \_\_\_\_\_

**F (an Bausparkassen)**

**G**

**gemäß gesonderter Anlage(n)** \_\_\_\_\_

### Anspruch A (an Arbeitgeber)

1. auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und künftigen Arbeitseinkommens (einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen)
2. auf Auszahlung des als Überzahlung jeweils auszugleichenden Erstattungsbetrages aus dem durchgeführten Lohnsteuer-Jahresausgleich sowie aus dem Kirchenlohnsteuer-Jahresausgleich für das Kalenderjahr \_\_\_\_\_ und für alle folgenden Kalenderjahre
3. auf

---



---



---

### Anspruch B (an Agentur für Arbeit bzw. Versicherungsträger)

auf Zahlung der gegenwärtig und künftig nach dem Sozialgesetzbuch zustehenden Geldleistungen.  
Die Art der Sozialleistungen ist oben angegeben.

### Anspruch A und B

Die für die Pfändung von Arbeitseinkommen geltenden Vorschriften der §§ 850 ff. ZPO in Verbindung mit der Tabelle zu § 850c Absatz 3 ZPO in der jeweils gültigen Fassung sind zu beachten.

**Anspruch C (an Finanzamt)**

auf Auszahlung

1. des als Überzahlung auszugleichenden Erstattungsbetrages bzw. des Überschusses, der sich als Erstattungsanspruch bei Abrechnung der auf die Einkommensteuer (nebst Solidaritätszuschlag) und Kirchensteuer sowie Körperschaftsteuer anzurechnenden Leistungen für das abgelaufene Kalenderjahr \_\_\_\_\_ und für alle früheren Kalenderjahre ergibt
2. des Erstattungsbetrages, der sich aus dem Erstattungsanspruch zu viel gezahlter Kraftfahrzeugsteuer für das Kraftfahrzeug mit dem amtlichen Kennzeichen \_\_\_\_\_ ergibt

Erstattungsgrund:

---



---



---

**Anspruch D (an Kreditinstitute)**

1. auf Zahlung der zu Gunsten des Schuldners bestehenden Guthaben seiner sämtlichen Girokonten (insbesondere seines Kontos \_\_\_\_\_) bei diesem Kreditinstitut einschließlich der Ansprüche auf Gutschrift der eingehenden Beträge; mitgepfändet wird die angebliche (gegenwärtige und künftige) Forderung des Schuldners an den Drittschuldner auf Auszahlung eines vereinbarten Dispositionskredits („offene Kreditlinie“), soweit der Schuldner den Kredit in Anspruch nimmt
2. auf Auszahlung des Guthabens und der bis zum Tag der Auszahlung aufgelaufenen Zinsen sowie auf fristgerechte bzw. vorzeitige Kündigung der für ihn geführten Sparguthaben und/oder Festgeldkonten, insbesondere aus Konto \_\_\_\_\_
3. auf Auszahlung der bereitgestellten, noch nicht abgerufenen Darlehensvaluta aus einem Kreditgeschäft, wenn es sich nicht um zweckgebundene Ansprüche handelt
4. auf Zahlung aus dem zum Wertpapierkonto gehörenden Gegenkonto, insbesondere aus Konto \_\_\_\_\_, auf dem die Zinsgutschriften für die festverzinslichen Wertpapiere gutgebracht sind
5. auf Zutritt zu dem Bankschließfach Nr. \_\_\_\_\_ und auf Mitwirkung des Drittschuldners bei der Öffnung des Bankschließfachs bzw. auf die Öffnung des Bankschließfachs allein durch den Drittschuldner zum Zweck der Entnahme des Inhalts
6. auf

---



---



---

**Hinweise zu Anspruch D:**

Auf § 835 Absatz 3 Satz 2 ZPO (Zahlungsmoratorium von vier Wochen) und § 835 Absatz 4 ZPO wird der Drittschuldner hiermit hingewiesen.

Pfändungsschutz für Kontoguthaben und Verrechnungsschutz für Sozialleistungen und für Kindergeld werden seit dem 1. Januar 2012 nur für Pfändungsschutzkonten nach § 850k ZPO gewährt.

**Anspruch E (an Versicherungsgesellschaften)**

1. auf Zahlung der Versicherungssumme, der Gewinnanteile und des Rückkaufwertes aus der Lebensversicherung/den Lebensversicherungen, die mit dem Drittschuldner abgeschlossen ist/sind
2. auf das Recht zur Bestimmung desjenigen, zu dessen Gunsten im Todesfall die Versicherungssumme ausgezahlt wird, bzw. auf das Recht zur Bestimmung einer anderen Person an Stelle der von dem Schuldner vorgesehenen
3. auf das Recht zur Kündigung des Lebens-/Rentenversicherungsvertrages, auf das Recht auf Umwandlung der Lebens-/Rentenversicherung in eine prämienfreie Versicherung sowie auf das Recht zur Aushändigung der Versicherungspolice

Ausgenommen von der Pfändung sind Ansprüche aus Lebensversicherungen, die nur auf den Todesfall des Versicherungsnehmers abgeschlossen sind, wenn die Versicherungssumme den in § 850b Absatz 1 Nummer 4 ZPO in der jeweiligen Fassung genannten Betrag nicht übersteigt.



8. Sterbe- und Gnadenbezüge aus Arbeits- und Dienstverhältnissen;
9. Blindenzulagen;
10. Geldleistungen für Kinder sowie Sozialleistungen, die zum Ausgleich immaterieller Schäden gezahlt werden.

- Es wird angeordnet**, dass zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens zusammenzurechnen sind:
- Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_ und

- Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_ .

Der unpfändbare Grundbetrag ist in erster Linie den Einkünften des Schuldners bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung)

\_\_\_\_\_ zu entnehmen, weil dieses Einkommen die wesentliche Grundlage der Lebenshaltung des Schuldners bildet.

- Es wird angeordnet**, dass zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens zusammenzurechnen sind:
- laufende Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch von Drittschuldner (genaue Bezeichnung der Leistungsart und des Drittschuldners) \_\_\_\_\_ und

- Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_ .

Ansprüche auf Geldleistungen für Kinder dürfen mit Arbeitseinkommen nur zusammengerechnet werden, soweit sie nach § 76 des Einkommensteuergesetzes (EStG) oder nach § 54 Absatz 5 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) gepfändet werden können.

- Der erweiterte Pfändungsumfang gilt nicht für die Unterhaltsrückstände, die länger als ein Jahr vor Stellung des Pfändungsantrags vom \_\_\_\_\_ fällig geworden sind, weil nach Lage der Verhältnisse nicht anzunehmen ist, dass der Schuldner sich seiner Zahlungspflicht absichtlich entzogen hat.

Der Schuldner ist nach Angaben des Gläubigers

- ledig.  verheiratet/eine Lebenspartnerschaft führend.  
 mit dem Gläubiger verheiratet/  
eine Lebenspartnerschaft führend.  geschieden.

- Der Schuldner ist dem geschiedenen Ehegatten gegenüber unterhaltspflichtig.

\_\_\_\_\_

Der Schuldner hat nach Angaben des Gläubigers

- keine unterhaltsberechtigten Kinder.  
 keine weiteren unterhaltsberechtigten Kinder außer dem Gläubiger.  
 \_\_\_\_\_ unterhaltsberechtigtes Kind/unterhaltsberechtigter Kinder.  
 \_\_\_\_\_ weiteres unterhaltsberechtigtes Kind/weitere unterhaltsberechtigter Kinder außer dem Gläubiger.  
 \_\_\_\_\_

**Vom Gericht auszufüllen****Pfandfreier Betrag**

Dem Schuldner dürfen von dem errechneten Nettoeinkommen bis zur Deckung des Gläubigeranspruchs für seinen eigenen notwendigen Unterhalt \_\_\_\_\_ Euro monatlich verbleiben

- sowie \_\_\_\_\_ Euro monatlich zur Erfüllung seiner laufenden gesetzlichen Unterhaltspflichten gegenüber den Berechtigten, die dem Gläubiger vorgehen.
- sowie zur gleichmäßigen Befriedigung der Unterhaltsansprüche der berechtigten Personen, die dem Gläubiger gleichstehen, \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ Anteile des Nettoeinkommens, das nach Abzug des notwendigen Unterhalts des Schuldners verbleibt, bis zur Deckung der gesamten Unterhaltsansprüche dieser Personen von zusammen monatlich \_\_\_\_\_ Euro. Gepfändet sind demzufolge \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ Anteile des \_\_\_\_\_ Euro monatlich übersteigenden Nettoeinkommens und das nach Deckung der eben genannten Unterhaltsansprüche von zusammen monatlich \_\_\_\_\_ Euro verbleibende Mehreinkommen aus den bezeichneten \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ Anteilen.

Der sich hieraus ergebende dem Schuldner zu belassende Betrag darf nicht höher sein als der unter Berücksichtigung der Unterhaltspflichten gemäß der Tabelle zu § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) pfandfrei verbleibende Betrag.

- Sonstige Anordnungen:

---



---



---



---



---



---

 **Es wird angeordnet, dass**

- der Schuldner die Lohn- oder Gehaltsabrechnung oder die Verdienstbescheinigung einschließlich der entsprechenden Bescheinigungen der letzten drei Monate vor Zustellung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses an den Gläubiger herauszugeben hat
- der Schuldner das über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparbuch (bzw. die Sparerkunde) an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser das Sparbuch (bzw. die Sparerkunde) unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat
- ein von dem Gläubiger zu beauftragender Gerichtsvollzieher für die Pfändung des Inhalts Zutritt zum Schließfach zu nehmen hat
- der Schuldner die Versicherungspolice an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser sie unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat
- der Schuldner die Bausparerkunde und den letzten Kontoauszug an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser die Unterlagen unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat
- 

Für die Pfändung der Kosten für den Unterhaltsrechtsstreit (das gilt nicht für die Kosten der Zwangsvollstreckung) sind bezüglich der Ansprüche A und B die gemäß § 850c ZPO geltenden Vorschriften für die Pfändung von Arbeitseinkommen anzuwenden; bei einem Pfändungsschutzkonto gilt § 850k Absatz 1 und 2 ZPO.

**Der Drittschuldner darf, soweit die Forderung gepfändet ist, an den Schuldner nicht mehr zahlen. Der Schuldner darf insoweit nicht über die Forderung verfügen, sie insbesondere nicht einziehen.**

**Zugleich wird dem Gläubiger die zuvor bezeichnete Forderung in Höhe des gepfändeten Betrages**

**zur Einziehung überwiesen.**

**an Zahlungs statt überwiesen.**

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Ausgefertigt:

(Datum,  
Unterschrift Rechtspfleger)

(Datum,  
Unterschrift Urkundsbeamter der Geschäftsstelle)

<b>I. Gerichtskosten</b>		
Gebühr gemäß GKG KV Nr. 2111		€ _____
<b>II. Anwaltskosten gemäß RVG</b>		
Gegenstandswert: _____	€	
<b>1. Verfahrensgebühr</b>		
VV Nr. 3309	_____	€ _____
<b>2. Auslagenpauschale</b>		
VV Nr. 7002	_____	€ _____
<b>3. Umsatzsteuer</b>		
VV Nr. 7008	_____	€ _____
<b>Summe von II.</b>		€ _____

**Summe von I. und II.:** € \_\_\_\_\_

**Inkassokosten gemäß § 4 Absatz 4 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDGEG) gemäß Anlage(n) \_\_\_\_\_**

**Berichtigung**  
**der Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss**  
**Geprüfter Industriemeister – Fachrichtung Kunststoff und Kautschuk**  
**und Geprüfte Industriemeisterin – Fachrichtung Kunststoff und Kautschuk**

**Vom 16. Juni 2014**

Die Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfter Industriemeister – Fachrichtung Kunststoff und Kautschuk und Geprüfte Industriemeisterin – Fachrichtung Kunststoff und Kautschuk vom 13. Mai 2014 (BGBl. I S. 515) ist wie folgt zu berichtigen:

In § 9 Satz 1 ist die Angabe „30. Juni 2018“ durch die Angabe „30. Juni 2014“ zu ersetzen.

Bonn, den 16. Juni 2014

Bundesministerium  
für Bildung und Forschung  
Im Auftrag  
Wolfgang Bischoff

**Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger**

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger ([www.bundesanzeiger.de](http://www.bundesanzeiger.de)) verkündete Rechtsverordnung nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
30. 5. 2014 Neunzehnte Verordnung zur Änderung der Zweihundertsiebzehnten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Flughafen Hannover) FNA: 96-1-2-217	BAnz AT 06.06.2014 V1	7. 6. 2014

**Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Union,**

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
5. 5. 2014 <b>Verordnung (EU) Nr. 460/2014 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 823/2012 hinsichtlich des Datums, an dem die Genehmigung des Wirkstoffs Cyfluthrin ausläuft<sup>(1)</sup></b>	L 133/51	6. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
5. 5. 2014 <b>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 462/2014 der Kommission zur Genehmigung des Grundstoffs <i>Equisetum arvense</i> L. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission<sup>(1)</sup></b>	L 134/28	7. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
5. 5. 2014 <b>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 463/2014 der Kommission zur Festlegung der Vorschriften und Anforderungen für das System für den elektronischen Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission gemäß der Verordnung (EU) Nr. 223/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen</b>	L 134/32	7. 5. 2014
6. 5. 2014 <b>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 464/2014 der Kommission zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1967/2006 des Rates hinsichtlich des Mindestabstands von der Küste und der Mindestwassertiefe für Bootsquadern für den Fang von Sandaal (<i>Gymnammodytes cicereus</i> und <i>G. semisquamatus</i>) und Grundeln (<i>Aphia minuta</i> und <i>Crystallogobius linearis</i>) in bestimmten Hoheitsgewässern Spaniens (Katalonien)</b>	L 134/37	7. 5. 2014
17. 1. 2014 <b>Delegierte Verordnung (EU) Nr. 473/2014 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Hinzufügung von neuen indikativen Karten zu Anhang III<sup>(1)</sup></b>	L 136/10	9. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
8. 5. 2014 <b>Verordnung (EU) Nr. 474/2014 der Kommission zur Änderung des Anhangs XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) hinsichtlich 1,4-Dichlorbenzol<sup>(1)</sup></b>	L 136/19	9. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
12. 5. 2014 <b>Verordnung (EU) Nr. 476/2014 des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen</b>	L 137/1	12. 5. 2014
12. 5. 2014 <b>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 477/2014 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen</b>	L 137/3	12. 5. 2014
12. 5. 2014 <b>Verordnung (EU) Nr. 478/2014 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 147/2003 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegenüber Somalia</b>	L 138/1	13. 5. 2014
12. 5. 2014 <b>Durchführungsverordnung (EU) Nr. 479/2014 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in der Republik Côte d'Ivoire</b>	L 138/3	13. 5. 2014

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU	
	– Ausgabe in deutscher Sprache –	
	Nr./Seite	vom
3. 3. 2014 Delegierte Verordnung (EU) Nr. 480/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds	L 138/5	13. 5. 2014
4. 3. 2014 Delegierte Verordnung (EU) Nr. 481/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf besondere Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben für Kooperationsprogramme	L 138/45	13. 5. 2014
4. 3. 2014 Delegierte Verordnung (EU) Nr. 482/2014 der Kommission zur Änderung der delegierten Verordnung (EU) Nr. 114/2013 hinsichtlich der für den Hersteller Great Wall Motor Company Limited für das Jahr 2010 angegebenen durchschnittlichen spezifischen CO <sub>2</sub> -Emissionen	L 138/51	13. 5. 2014
8. 5. 2014 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 483/2014 der Kommission zu Schutzmaßnahmen gegen die durch ein Deltacoronavirus verursachte Schweine-Diarrhö in Bezug auf die tierseuchenrechtlichen Anforderungen an die Verbringung von sprühgetrocknetem Blut und Blutplasma von Schweinen, das zur Herstellung von Futtermitteln für Nutzschweine bestimmt ist, in die Union <sup>(1)</sup>	L 138/52	13. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
12. 5. 2014 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 484/2014 der Kommission zur Festlegung technischer Durchführungsstandards bezüglich des hypothetischen Kapitals einer zentralen Gegenpartei gemäß der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup>	L 138/57	13. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
12. 5. 2014 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 485/2014 der Kommission zur Genehmigung des Wirkstoffs <i>Bacillus pumilus</i> QST 2808 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission <sup>(1)</sup>	L 138/65	13. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
12. 5. 2014 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 486/2014 der Kommission zum Widerruf der Genehmigung für den Wirkstoff Fenbutatinoxid gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 <sup>(1)</sup>	L 138/70	13. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
12. 5. 2014 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 487/2014 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Verlängerung der Dauer der Genehmigung für die Wirkstoffe <i>Bacillus subtilis</i> (Cohn 1872) Stamm QST 713, identisch mit Stamm AQ 713, sowie Clodinafop, Metrafenon, Pirimicarb, Rimsulfuron, Spinosad, Thiamethoxam, Tolclofos-methyl und Triticonazol <sup>(1)</sup>	L 138/72	13. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
12. 5. 2014 Verordnung (EU) Nr. 488/2014 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1831/2006 bezüglich der Höchstgehalte für Cadmium in Lebensmitteln <sup>(1)</sup>	L 138/75	13. 5. 2014
<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
12. 5. 2014 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 489/2014 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 102/2012 des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln und Seilen aus Stahl mit Ursprung unter anderem in der Volksrepublik China, ausgeweitet auf die Einfuhren von unter anderem aus der Republik Korea versandten Kabeln und Seilen aus Stahl, ob als Ursprungserzeugnisse der Republik Korea angemeldet oder nicht	L 138/80	13. 5. 2014
– Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 432/2014 des Rates vom 22. April 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 43/2014 hinsichtlich bestimmter Fangmöglichkeiten (ABI. L 126 vom 29.4.2014)	L 138/112	13. 5. 2014

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EU	
		– Ausgabe in deutscher Sprache –	
		Nr./Seite	vom
7. 3. 2014	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 492/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Bestimmungen für die Verlängerung von Zulassungen für Biozidprodukte, die Gegenstand der gegenseitigen Anerkennung waren <sup>(1)</sup>	L 139/1	14. 5. 2014
	<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
13. 5. 2014	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 493/2014 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 102/2012 des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln und Seilen aus Stahl mit Ursprung unter anderem in der Volksrepublik China, ausgeweitet auf die Einfuhren von unter anderem aus der Republik Korea versandten Kabeln und Seilen aus Stahl, ob als Ursprungserzeugnisse der Republik Korea angemeldet oder nicht	L 139/7	14. 5. 2014
13. 5. 2014	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 494/2014 der Kommission zur Änderung von Anhang V der Verordnung (EG) Nr. 136/2004 in Bezug auf die Einfuhrbedingungen und die Liste der Länder nach Artikel 9 <sup>(1)</sup>	L 139/11	14. 5. 2014
	<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
–	Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 421/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft zur Umsetzung bis 2020 eines internationalen Übereinkommens über die Anwendung eines einheitlichen globalen marktbasierten Mechanismus auf Emissionen des internationalen Luftverkehrs (ABl. L 129 vom 30.4.2014)	L 140/177	14. 5. 2014
–	Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 422/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Angleichung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union sowie der Berichtigungskoeffizienten, die auf diese Dienst- und Versorgungsbezüge anwendbar sind, mit Wirkung vom 1. Juli 2011 (ABl. L 129 vom 30.4.2014)	L 140/178	14. 5. 2014
16. 4. 2014	Verordnung (EU) Nr. 468/2014 der Europäischen Zentralbank zur Einrichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM-Rahmenverordnung) (EZB/2014/17)	L 141/1	14. 5. 2014
16. 4. 2014	Verordnung (EU) Nr. 469/2014 der Europäischen Zentralbank zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2157/1999 über das Recht der Europäischen Zentralbank, Sanktionen zu verhängen (EZB/1999/4) (EZB/2014/18)	L 141/51	14. 5. 2014
13. 5. 2014	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 470/2014 der Kommission zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinbarung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Solarglas mit Ursprung in der Volksrepublik China	L 142/1	14. 5. 2014
13. 5. 2014	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 471/2014 der Kommission zur Einführung endgültiger Ausgleichszölle auf die Einfuhren von Solarglas mit Ursprung in der Volksrepublik China	L 142/23	14. 5. 2014
14. 5. 2014	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 496/2014 der Kommission zur Genehmigung des Wirkstoffs Acequinocyl gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 <sup>(1)</sup>	L 143/1	15. 5. 2014
	<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
14. 5. 2014	Verordnung (EU) Nr. 497/2014 der Kommission zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie des Anhangs der Verordnung (EU) Nr. 231/2012 der Kommission in Bezug auf Advantam zur Verwendung als Süßungsmittel <sup>(1)</sup>	L 143/6	15. 5. 2014
	<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.		
11. 3. 2014	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 499/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission in Bezug auf Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse	L 145/5	16. 5. 2014

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 4,25 € (3,20 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten).

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABl. EU	
		– Ausgabe in deutscher Sprache –	
		Nr./Seite	vom
11. 3. 2014	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 500/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Änderung der Verordnung (EG) Nr. 288/2009 der Kommission hinsichtlich der Gewährung einer Beihilfe für flankierende Maßnahmen im Rahmen eines Schulobst- und -gemüseprogramms	L 145/12	16. 5. 2014
11. 3. 2014	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 501/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Änderung der Verordnung (EG) Nr. 826/2008 der Kommission hinsichtlich bestimmter Anforderungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, für die eine Beihilfe für die private Lagerhaltung gewährt werden kann	L 145/14	16. 5. 2014
11. 3. 2014	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 502/2014 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Berechnungsgrundlage der Kürzungen, die die Mitgliedstaaten aufgrund der Anpassung der Direktzahlungen für 2014 und aufgrund der Haushaltsdisziplin für das Kalenderjahr 2014 auf die Betriebsinhaber anwenden	L 145/20	16. 5. 2014
8. 5. 2014	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 503/2014 der Kommission zur Genehmigung einer geringfügigen Änderung der Spezifikation einer im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben eingetragenen Bezeichnung [Muscat du Ventoux (g. U.)]	L 145/22	16. 5. 2014
15. 5. 2014	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 504/2014 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Pflanzenöle/Citronellöl <sup>(1)</sup>	L 145/28	16. 5. 2014

(1) Text von Bedeutung für den EWR.